

Muß Ulbricht abtreten?

Die Entstalinisierung ist nicht mehr aufzuhalten

Wer am letzten Sonnabend Ulbricht und Grotewohl im Radio oder auf dem Fernsehschirm vernommen hat, dem kann jene tiefe Krise nicht verborgen geblieben sein, in die das SED-Regime nach den blutigen Ereignissen in Ungarn geraten ist. Damit wird aber auch die Frage laut: Wie lange kann ein Ulbricht noch im Amt bleiben und — wird die SED die notwendigen Reformen verkünden, ehe es auch in der Zone zu ersten Zwischenfällen kommt? Als Ulbricht selbst diese Fragen in seinem Rundfunk-Interview zu beantworten suchte, war ihm jene Unsicherheit anzumerken, die wir in diesen Tagen bei allen SED-Funktionären finden. Die starken Worte weder Ulbrichts noch Grotewohls können darüber hinwegtäuschen.

Die Bürger der Sowjetzone haben, je nach ihrem Beruf, von verschiedenen Positionen aus die Möglichkeit, die gegenwärtige Situation zu betrachten. Die Hausfrau kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß es eine ernste Versorgungskrise gibt, die auch nicht so bald behoben werden kann.

Der Wirtschaftler weiß, daß die VEB's umgehend das Leistungslohn-System kündigen müssen, wollen sie ihre ungeheuren Defizite tilgen. Das wird einen empfindlichen Griff in die Lohntüte des Arbeiters geben. Der Soldat weiß, daß die Zonenarmee dank verschiedener Vorgänge in den Ostblockstaaten in eine militärisch kuriose Lage geraten ist. Das Parteimitglied aber sieht sich einer Entwicklung ausgeliefert, die es jederzeit vor die Frage stellen kann: „Was bist du eigentlich? Deutscher oder Kommunist?“

Gibt es einen Ausweg?

Die Summe aller wirtschaftlichen Katastrophen, von denen keine einzige notwendig wäre, und die Kette entscheidender politischer Fehler, die das Zonenregime an diesen Punkt geführt haben, sind Tatsachen. Angesichts der entsetzlichen Blutopfer, die Ungarn für seine Freiheit vom Stali-

nismus bezahlen mußte, geben selbst ihre ärgsten Gegner der SED eine Chance: Besinnt euch, ehe auch in Ostdeutschland Furchtbares geschieht! Überhört nicht die Warnungen, die eure eigenen Genossen täglich aus der Provinz nach Ostberlin geben! Trennt euch von Ulbricht und seinen Anhängern und versucht nicht länger, das Volk über den Umfang jener wirtschaftlichen Katastrophe hinwegzutäuschen, der Ulbricht entgegensteuert!

Wem es eine Beruhigung zu sein vermag, der soll wissen, daß auch die SED-Führung in dieser Stunde in zwei Lager gespalten ist. Ulbricht ist mit seinen hartnäckigen und verböhrten Ansichten weitgehend isoliert und beharrlich überhört er alle Stimmen, die ihm zu einem freiwilligen Rücktritt raten. Im SED-Zentralkomitee sind viele leitende Kommunisten bereit, auf das geringste Zeichen einer ausbrechenden Volkswut hin den 1. Sekretär zu stürzen. Nachdem sich in Polen und Ungarn erwiesen hat, daß die Sowjets nur noch beschränkt auf die inneren Vorgänge in den kommunistischen Parteien Einfluß nehmen können, ist die Furcht vor einem solchen Schritt gesunken. Dazu kommt

die Erkenntnis, daß auch ein Dekret aus Moskau den in Ungarn vergebens von Sowjetpanzern gebremsten Entstalinisierungsprozeß nicht mehr aufhalten kann. Auf was also wartet die SED?

Ein Akt der Dummheit

Ulbricht und Grotewohl haben mit ihrem Rundfunk-Fernseh-Interview einen Akt staatsmännischer Dummheit zelebriert, der unter genau den gleichen Voraussetzungen im Falle Ernö Gerös in Ungarn den endgültigen Aufstand auslöste. Ulbricht sprach von den „anderen politischen Bedingungen in der DDR“, obwohl hier der gleiche Zündstoff wie in Ungarn und Polen lagert. Grotewohl versuchte die Bevölkerung über die Lage der politischen Gefangenen des Regimes zu täuschen, indem er die — technisch übrigens unkontrollierbare — Zahl der „rechtmäßig verurteilten Strafgefangenen“ zitierte. Warum verschwie er, daß man einen wesentlichen Teil politischer Gefangener in ständiger „Untersuchungshaft“ oder „Schutzhaft“ hält und daß sich viele andere außer Landes befinden? Daß es Arbeitslager gibt, die nicht als „Gefängnisse“ rechnen?

Ulbricht sagte, der Hauptgrund für das Versagen der ungarischen KP zu Beginn des Aufstandes sei in der Uneinigkeit unter den führenden ungarischen Kommunisten zu suchen. Warum verschweigt er, daß die gleiche Uneinigkeit das SED-Zentralkomitee beherrscht? Die Wendung in Ungarn kann mit Genugtuung erfüllen. Das aber darf uns nicht dazu verleiten, eine Wiederholung dessen in unsrem Land zu wünschen. Die SED muß nachgeben, bevor ein Unglück geschieht.

Der große Probefall

DT. Wir alle stehen seit Tagen unter dem Eindruck des großen Kampfes, den das ungarische Volk um die Wiederherstellung seiner Freiheit führt. Wo die Mittel einer tätigen Hilfe fehlen, schämt man sich fast, eine noch so herzliche Sympathie zu bekunden und dazu den Wunsch, daß das heilige Recht eines tapferen Volkes sich gegen alle noch so großen Widerstände durchsetzen möge. Diejenigen aber, die in der freien Welt Macht haben, mögen überlegen, auf welchen Wegen des Rechtes und der Politik sie einem Volke beistehen können, das unter schwerster Opfern der Freiheit vertraut.

Die entscheidende Frage aber ist heute an Moskau gestellt. Werden die Machthaber des Kreml, die bereits auf ungarische Arbeiter schießen ließen, schließlich doch noch den wunderbaren Reden treu bleiben, mit denen sie im Zeichen der Entstalinisierung die Souveränität, die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung aller Völker verherrlicht haben? Oder werden sie das alles verleugnen und bei der politischen Regelung der ungarischen Fragen zur stalinistischen Politik der brutalen Gewalt zurückkehren? Moskau steht hier am Kreuzweg einer Entscheidung, die geschichtlichen Rang hat. Sie kann zum Guten und zum Bösen führen. Sie wird, da diese Alternative in der Politik immer umstritten ist, auch im Kreml Gegenstand harter Auseinandersetzung sein.

Rat der Stalinisten

Irgendeiner der sowjetischen Führer, dessen Horizont über die primitive Enge des Stalinismus nicht hinausreicht, also etwa Molotow, könnte dort ungefähr folgende Bilanz des sogenannten Neuen Kurses ziehen: „In Polen und Ungarn, Genosse Chruschtschow, und morgen auch in anderen Ländern, die wir im Geiste des Sozialismus so fest an uns gebunden wähten, kannst Du endlich sehen, wohin Deine Politik der demokrati-

schen Auflockerung führt. Das ist nicht mehr Auflockerung, sondern eine dynamisch fortschreitende Revolte. Außerlich ist sie gegen den von Dir etwas übertrieben verdammten Stalinismus gerichtet, im Grunde aber will sie uns selbst und unsere kommunistische Herrschaft treffen. Unser volksdemokratischer Block — unter uns können wir das ja ruhig sagen — wackelt bedenklich. Unsere besten Freunde, die Genossen in Pankow, zittern sogar. Zittern aber, Genosse Chruschtschow, ist keine gute Haltung beim Aufbau des Sozialismus. Ich halte, wie Du weißt, nicht viel von alten humanistischen Sprüchen. Doch jenes Wort schätze ich, mit dem das alte Rom seine Politik gegenüber den ihm hörigen Kolonialvölkern kennzeichnete: „Mögen sie mich hassen, wenn sie mich nur fürchten.“ Das gilt auch für uns. Die Furcht ist die sicherste Grundlage zum Aufbau des Sozialismus in jenen Völkern, die von ihm nichts wissen wollen, und das sind — unter uns gesagt — doch leider alle. Der Fehler der Entstalinisierung besteht darin, daß sie diesen Völkern die für uns so nützliche Furcht genommen hat. Wir müssen also zu den früheren Methoden zurückkehren und unsere volksdemokratischen Freunde mit festem Griff auf unserem Weg festhalten. Wir müssen ihnen klarmachen, daß es einen anderen Willen und Weg als den unseren einfach nicht gibt.“

Taktik des Neuen Kurses

Das ist hart und deutlich gesprochen, die stalinistische Konsequenz aus den polnischen und ungarischen Ereignissen, eine massive Anklage gegen die Nachfolger Stalins. Man darf annehmen, daß solche Forderungen und Anklagen in den internen Auseinandersetzungen des Kreml tatsächlich erhoben worden sind.

Sicher hat Chruschtschow bei der Anwendung der neuen politischen Methoden ein gewisses Wagnis einkalkuliert. Ebenso sicher aber ist, daß das wirkliche Risiko über die vorher ausgeklügelte Rechnung hinausgegangen ist. Chruschtschow wird mit gutem Grund darauf hinweisen können, daß das Risiko der stalinistischen Politik, die

stets hart am Rande des dritten Weltkrieges vorbeiführte, sehr viel größer gewesen sei und schließlich viel gefährlichere Krisen ausgelöst haben würde. Stalin war der Erwecker aller Kräfte, aller Abneigungen, aller Widerstände und aller Rüstungen, die sich heute der sowjetischen Politik entgegenstellen. Er ist der legitime Vater des Atlantikpaktes und noch nachträglich der Urheber des ungarischen Volksaufstandes.

Die neuen Männer im Kreml, denen die Politik Stalins so außerordentliche Schwierigkeiten und Gegenkräfte hinterlassen hat, werden auch nachdenklich in die Zeit zurückblicken, in der die Freundschaft mit dem Amerika Roosevelts ihnen die große Chance bot, die mit der Liquidation des Weltkrieges verbundenen Probleme weitgehend im Sinne der sowjetischen Interessen zu lösen. Die Regelung der Deutschlandfrage z. B. im Sinne der Neutralisierung, Entwaffnung und territorialen Beschränkung wäre damals im Einverständnis der vier Mächte leicht erreichbar gewesen. Moskau hatte in jenen schönen Zeiten dank der Vertrauensseligkeit weiter amerikanischer Kreise gegenüber dem kommunistischen Bundesgenossen „Onkel Joe“ sogar eine ausgezeichnete Position im Untergrund der USA, aus der das Geheimnis der Atombombe gewonnen wurde.

Nach Chruschtschows Meinung war es sicher ein schwerer Fehler Stalins, daß mit den amerikanischen Sympathien auch diese respektable Position in den USA wieder verlorengegangen ist.

Wenn Chruschtschow gegenüber den Anklagen der Stalinisten seine Politik erläutert, dann wird er aber vor allem sagen, daß er nicht eine Korrektur der Ziele Stalins erstrebt — das ist die weitere Ausdehnung und Festigung der kommunistischen Macht —, sondern nur ihrer fehlerhaften Methoden. Stalin weckte mit seiner Gewalttätigkeit die freiheitlichen Kräfte auf, Chruschtschow lächelte ihnen zu und schläfert sie ein. Für ihn war es einer der Hauptfehler des nun verschmähten Diktators, daß er nicht lächeln

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

SPD und CDU sind Gewinner

Ein Wort zu den Kommunalwahlen in Westdeutschland

DT. Die Kommunalwahlen in Nordrhein - Westfalen, Hessen und Niedersachsen haben gezeigt was ist, nicht was sein wird. Sie veranschaulichen auf der „niedrigen“ Ebene der Gemeinde den Zuwachs der SPD, gefolgt von einer ebenfalls angewachsenen CDU, während die FDP mit ihrer Niederlage auf der Strecke geblieben ist. Doch von hier aus gültige Schlüsse auf die „höhere“ Ebene des künftigen Bundestages zu ziehen, ist verfrüht und nicht möglich. Besser als Prophezeiungen ist das Erkennen der Tatsachen und ihrer Gründe. Mehr Stimmen für die SPD, das bedeutet ein Auffangen der bisherigen KPD-Wähler und wahrscheinlich auch eines großen Teiles der neu hinzugekommenen jungen Wähler. Wenn das nicht auf Kosten der CDU geht, sondern auch diese erhebliche Gewinne feststellen kann, so ist das um so überraschender, als in den Städten und Gemeinden zahlreiche „überparteiliche“ Interessens- und Interessengruppen sowie unpolitische Lokalgrößen kandidier-

ten, deren Wähleranhang auf Kosten der CDU ging. Bei Landtags- und Bundestagswahlen dürften sie aber der CDU wieder zugute kommen.

Beide, SPD wie CDU, sind Sieger. Wie immer sich dieses Ergebnis bis zur Bundestagswahl verändern mag — eine natürliche Entwicklung zum Zweiparteiensystem ist nicht zu übersehen. Nicht aber eine Entwicklung zum Dreiparteiensystem, wie die FDP-Verlierer dreist behaupten. Der Wähler hat demonstriert, daß weder Dehler noch der schwankende FDP-Parteikurs, noch die Taktiken ihrer Düsseldorfer „jungen Leute“, noch die ausgefallenen ostwestlichen Kontaktversuche, noch die freidemokratische Arbeit im kommunalen Bereich imponieren.

Was den Parteiführungen jetzt zu tun übrigbleibt, ist die Entwicklung einer sich steigernden Initiative bis zu den Bundestagswahlen. Die große Linie steht bereits fest bei SPD wie bei CDU. Die noch zu erwartenden Wahlkampfüberraschungen werden an dieser Linie

Ungarn hat gesiegt

Nagy sagt freie Wahlen zu

DT. Man kann heute sagen, daß die ungarische Volks- erhebung einen vollen Sieg errungen hat. Nur muß man noch den Vorbehalt machen, daß die Sowjets mit der Macht, über die sie zweifellos gebieten, der weiteren politischen Entwicklung nicht gewaltsam in den Weg treten. Der erfolgte Umschwung ist aber so vollständig, daß Ungarn eigentlich bereits aufgehört hat, ein „volksdemokratischer“ Staat zu sein. Ministerpräsident Nagy hat das entscheidende Wort gesprochen, indem er freie Wahlen zusagte. Die früheren demokratischen Parteien beginnen bereits mit ihrer Neuorganisation.

Eine Koalitionsregierung soll gebildet werden. Die staatsbürgerlichen Freiheiten werden wiederhergestellt. Kurz, der dem Kabinett angehörende frühere Staatspräsident Zoltan Tildy konnte im Rundfunk das bewegende Wort sprechen: „Der Wille der Nation hat triumphiert.“

Dennoch empfiehlt es sich, in der Wertung der ungarischen Ereignisse noch vorsichtig zu sein. Noch ist nämlich der Weg nicht ganz frei, und noch widersprechen sich die Nachrichten über die Haltung der Sowjets.

Ein Ultimatum, das den sowjetischen Interventions - Truppen von der ungarischen Luftwaffe übermittelt wurde, kann zu neuen Verwicklungen führen. Eindeutig ist nur die innenpolitische Situation des Landes, und zwar in einem Maße, das einer kommunistischen Kapitulation gleicht. Der jetzige Regierungschef und antistalinistische Kommunist Nagy hat mit der Zusage freier Wahlen seinem Lande einen nationalen Dienst erwiesen, der um so höher zu bewerten ist, als die Voraussage nicht schwer ist, daß nach ihrer Durchführung andere Kräfte die Führung des Landes übernehmen werden. Er hat aber auch den Sowjets einen Dienst erwiesen, indem er an ihre Einsicht appellierte, „daß vollständig andere Beziehungen zwischen Ungarn und der Sowjetunion entwickelt werden können, wenn diese bereit ist, mit den Vertretern eines freien ungarischen Volkes zu verhandeln“. Wenn Moskau dieser Einsicht folgt, dann wird es auch normale Beziehungen zwischen der Sowjetunion und — dem wiedervereinigten Deutschland geben.

nichts mehr ändern, wohl aber die Wahlentscheidung jener Zahlreichen bestimmen, die nicht schon jetzt auf eine Partei festgelegt sind. Das Gesicht der FDP aber ist unklar und dürfte kaum in den nächsten Monaten ein so festes Profil gewinnen, daß es attraktiv wirkt. Aus diesem Dilemma können dann auch Überraschungen allein nicht befreien, wenn sie wie die Weimarer FDP/LDP - Gespräche am grünen Parteischiff eronnen werden. Der Wähler will wissen, woran er ist. Und das ist bei Bundestagswahlen noch ausschlaggebender als bei Kommunalwahlen.

Ein Wiener Augenzeuge berichtet

Als die schweren Kämpfe in Budapest tobten, verließ ein Wiener Großkaufmann mit einem Konvoi von etwa 15 Personenwagen die ungarische Hauptstadt. Der Kaufmann gab folgenden Bericht von der Lage in Budapest und auf dem Lande (Stand vom Freitag):

Unterwegs begegnete uns auf allen Landstraßen eine große Anzahl von Lastautos voller Zivilisten. Die Autos führen in Richtung Budapest, und es war offensichtlich, daß sie die Aufständischen verstärken wollten. Sie schwenkten rotweißgrüne Fahnen. In Raab wurde am Donnerstag die geheime Staatspolizei von den Aufständischen liquidiert. Dabei gab es vier Tote und sieben Verletzte. Die Akten wurden vernichtet. Bei den heutigen Kämpfen in Magyarovar soll es fünfzig Tote und einige hundert Verletzte gegeben haben. Die Polizei auf den Landstraßen in Westungarn trägt keine Gewehre mehr. Sie ist praktisch nur noch als Verkehrspolizei tätig.

Die Kämpfe am Freitag in Budapest sollen sich hauptsächlich auf den Stadtteil Csepel konzentriert haben. Auf die sowjetischen Panzer wird von den Aufständischen sofort geschossen, sobald sie sich nur in den Straßen von Budapest zeigen. Die Sowjets sollen nur noch in Panzern durch die ungarische Hauptstadt fahren. Als der Konvoi Budapest verließ, hatte sich auf einem der Hauptplätze eine unübersichtbare Menschenmenge angesammelt. Sie wurde auf über hunderttausend Menschen geschätzt. Das Hotel Astoria ist vollkommen von Artilleriegeschossen durchlöchert. Seit 11 Uhr vormittags wurde in Budapest ununterbrochener Geschützdonner gehört.

Der Kaufmann bestätigte, daß es am Donnerstag vor dem Parlament ein großes Gemetzel gegeben hat. Sowjetische Panzer hätten das Feuer auf eine Menschenmenge eröffnet, als sie eine Delegation begleitete, die der Regierung eine Petition überreichen wollte. Die Menge sei unbewaffnet gewesen.

Krankenhäuser überfüllt

Die Insassen des Konvois bestätigten ferner, daß sich Westungarn praktisch in der Hand der Aufständischen befindet. Sie sagten, die Zahl der Toten müsse in die Tausende gehen. In den Krankenhäusern von Budapest lägen die Verwundeten zu zweit oder zu dritt in einem Bett. Die Lebensmittel in der ungarischen Hauptstadt würden bereits knapp. Die Bevölkerung helfe sich, indem sie aus den restlichen Mehlbeständen Kuchen backe.

Der folgende packende Bericht stammt von dem deutschen Kunsthändler Heinz Müller-Rusicka aus Frankfurt/Main, der mit schwer-

beschädigtem Wagen am Freitag in Wien ankam:

„Am Mittwoch früh um 4.30 Uhr wurde ich in meinem im Zentrum von Budapest gelegenen Hotel „Astoria“ durch das Rasseln von Panzern, die durch die Straßen führen, geweckt. Es waren russische Panzer. Die ungarische Regierung kündigte erst vier Stunden später an, daß sowjetische Truppen an der Niederschlagung der Revolte teilnehmen werden.

Die aufgeschreckten Hotelgäste versammelten sich in der Hotelhalle. Überall in der Stadt war Gewehrfeuer zu hören. Plötzlich betraten Russen das Hotel und hielten es fortan besetzt. Die Gäste bekamen kein Frühstück. Sie mußten zusehen, wie etwa 30 Ungarn, die sich während der Nacht in das Hotel geflüchtet hatten, von den Russen aufgestöbert und als Gefangene aus dem Hotel geführt wurden.

Die Gäste fanden dann in den Zimmern, in die sich die Ungarn geflüchtet hatten, Patronen und Flugzettel unter den Teppichen.

Dann begann der Feuerwechsel zwischen den Russen aus den Hotelkellern und den Aufständischen auf den Straßen. Die Russen schossen mit MGs und Schnellfeuerwaffen. Gegen 14 Uhr erlitt das Hotel den ersten Volltreffer aus einem Granatwerfer, kurz darauf einen zweiten. Es war nicht festzustellen, ob sich die Aufständischen eines Granatwerfers bemächtigt hatten oder ob es sich um verirrte Geschosse der Russen handelte. Ich sah jedoch, wie ungarische Soldaten Waffen unter den Demonstranten verteilten.

„Sind Sie Deutscher?“

Die Hotelgäste wurden in den Keller geführt, Brot wurde verabreicht. Sie befanden sich bis etwa um 20 Uhr im Keller. Es wurde berichtet, daß eine Reihe von Schwerverletzten in der Hotelhalle aufgebahrt war. Der Speisesaal lag in Trümmern.

Gegen 21 Uhr wurden die Ausländer wieder auf ihre Zimmer geführt. In der Nacht waren noch mindestens drei schwere Gefechte zu hören.

Um 9 Uhr ging ich zur Fremdenpolizei, wo mein Paß auflag. Man händigte mir zwar den Paß aus, bemerkte jedoch, daß es nicht ratsam sei, abzureisen, da sich „ungarische Truppenverbände nach dem Westen absetzen und eventuell den Paß zur Flucht wegnehmen könnten.“ Ich ging dann vorerst zum Duna-Hotel, um dort für einen Bekannten, einen polnischen Professor, ein Zimmer zu besorgen. Beim Duna-Hotel stand eine große Menschenmenge. „Sind Sie Deutscher?“ fragten sie mich. Als ich bejahte, brandete lauter Jubel auf. Als aber der polnische Professor seine Nationalität erkennen ließ, wollte der Jubel kein Ende nehmen, und der Pole wurde auf den Schultern ins Hotel getragen.

über den Volksaufstand in Ungarn

Ich selbst schloß mich dann einer deutsch-österreichischen Gruppe an, die unter Führung eines österreichischen Diplomaten ohne größere Zwischenfälle die ungarisch-österreichische Grenze erreichte."

Wo steht die Armee?

Aus den Berichten anderer Reisender geht hervor, daß am Donnerstag in Budapest noch immer keine Klarheit darüber herrscht, auf welcher Seite die Armee steht. Einiges deutet darauf hin, daß sie mit den Demonstranten gemeinsame Sache macht. Als beispielsweise eine Kolonne Panzer über die Alleen zum Rundfunkgebäude rollte, wurde sie von der Menge begeistert begrüßt. Viele junge Leute durften auf den Panzern mit flatternden ungarischen Fahnen mitfahren.

Viele junge Leute berichteten, daß die Soldaten sie auf die eine oder andere Weise unterstützt hätten. Immer wieder erzählten sie, daß die Studenten von den Soldaten mit Maschinenpistolen und Munition versorgt worden seien.

Geradezu unvorstellbar aber ist der Haß der Bevölkerung auf die AVH, die Geheimpolizei. Immer wieder hörte man, so berichteten die Reisenden übereinstimmend, wie junge Mädchen, junge Frauen und junge Männer die Geheimpolizisten verwünschten...

Wie viele sowjetische Tuppen nach Budapest geholt wurden, konnten die Reisenden nicht schätzen. Sie sahen aber eine beträchtliche Zahl von T-34-Panzern auf den Straßen: allein vor dem Parlamentsgebäude standen am Mittwochmittag über 50. Die meisten der sowjetischen Soldaten schienen sehr jung zu sein.

Das gleiche gilt auch für die Aufständischen. Die meisten von ihnen sind Schüler, Studenten oder junge Arbeiter.

Blutbad in Magyarovar

Am Freitagabend kam in dem österreichischen Grenzort Nickelsdorf mit einem Krankenwagen ein älterer ungarischer Arzt in blutbeschnitztem Kittel an, der um Verbandzeug und Blutplasma für die Opfer eines „Blutbades“ in Magyarovar bat.

Der Arzt berichtete, sowjetische Truppen hätten auf Demonstranten geschossen, die „Freiheit für Ungarn“ forderten. Es habe 75 Tote und 200 Verwundete gegeben, darunter Frauen und Kinder. In Magyarovar habe sich die nächstgelegene ungarische Garnison den Aufständischen angeschlossen. Dann seien sowjetische Truppen in 17 Lastwagen aus Gyöer (Raab) gekommen. Auch dort rase der Aufstand. Die Sowjets wollten Gyöer am Sonnabend stürmen.

So verlief der Aufstand

- Dienstag:** Sympathiekundgebung in Budapest anlässlich der Ereignisse in Polen. Die Menge fordert: „Raus mit Moskaus Truppen!“ „Wir wollen eine neue Regierung unter Imre Nagy!“
- Mittwoch:** Studenten und Arbeiter schlagen gegen das kommunistische Regime und seine Abhängigkeit von Moskau los. In Budapest und anderen Städten blutiger Aufruhr. Neue Regierung unter Nagy wird überstürzt gebildet. Antisowjetische Kundgebungen.
- Donnerstag:** Ungarns KP-Chef Gerö wird dem Volkszorn geopfert. Sein Nachfolger: Janos Kadar. Nagy und Kadar versprechen Verhandlungen mit den Sowjets über Abzug ihrer Truppen aus Ungarn. Die Regierung ist nicht mehr Herr der Lage.
- Freitag:** Aufstand auf ganz Ungarn übergegriffen. Weite Gebiete, besonders im Westen, befinden sich in Händen der Aufständischen. Nagy verspricht Abzug der Sowjets und erläßt flehende Aufrufe. Viele ungarische Soldaten laufen zu den Aufständischen über.
- Sonnabend:** Regierung Nagy wird umgebildet. Lage ist völlig undurchsichtig. Sowjetpanzer schießen nach wie vor.
- Sonntag:** Der Weltsicherheitsrat beschließt gegen die Stimme der Sowjetunion die sowjetische Intervention in Ungarn auf die Tagesordnung zu setzen.
- Montag:** Forderungen der Aufständischen: Freie Wahlen, Betätigung aller demokratischen Parteien, Presse- und Versammlungsfreiheit.
- Dienstag:** Sowjets ziehen ab. Nagy sagt zu: Freie Wahlen, Betätigung aller demokratischen Parteien usw. Die Aufständischen haben politisch gesiegt!

Hände weg vom Karabiner!

Arbeiter appellieren an „Kampfgruppen“-Angehörige

Es ist vier Wochen her, da wurden in vielen VE-Betrieben Arbeiter aufgefordert, ausnahmsweise nur einmal für den „Tag der Republik“ die Uniform der Betriebskampfgruppe anzuziehen, um eine eindrucksvolle Demonstration zu ermöglichen. Nach der Veranstaltung trat man an diese Arbeiter mit der Bitte heran, doch tatsächlich in die Kampfgruppen einzutreten. Nur wenige ließen sich überreden, zumeist unter dem Eindruck eines Partebefehls. Keiner aber hätte geahnt, daß man ihn wenige Wochen später in einen der schwersten Gewissenskonflikte bringen würde: Wir sprechen von der Alarmierung der Betriebskampfgruppen angesichts der ungarischen Volksrevolution.

Als am vergangenen Donnerstag in zahlreichen Betrieben scharfe Waffen ausgegeben wurden, mag vielen KG-Angehörigen zum ersten Male die ganze tragische Bedeutung ihrer Stellung gegenüber den Kollegen klar geworden sein: Bewaffnete Hundertschaften, die — wenn die Partei, der viele gar nicht angehören, befiehlt — auf die Kollegen des eigenen Betriebes schießen müssen! Demen in oft geübten Straßenkampf der eigene Sohn oder Vater als „Konterrevolutionär“ begegnen kann! In Ungarn haben Soldaten der Staatssicherheitstruppen weinend an den Leichen ihrer eigenen Brüder gestanden, verließen ungarische Arbeiter demonstrativ die Betriebe, als man ihnen Waffen gegen die Freiheitskämpfer geben wollte!

Und in der Zone?

Aus mehreren Zonenbetrieben liegen Nachrichten vor, wonach Arbeiter an die Waffenkammern der Kampfgruppen schrieben: „Hände weg vom Karabiner! Man schießt nicht auf deutsche Arbeiter, auch wenn man Kommunist ist!“ Die KG-Angehörigen versuchten noch, das Ganze als „blödsinnigen Alarm“ und mit Worten wie „Wir kommen ja im Ernst nie dazu, zu schießen!“ abzutun. Was aber, wenn es die SED morgen verlangen sollte?

Bis heute ist noch keine SED-Kampfgruppe jemals in die Verlegenheit gekommen, ihre Karabiner auf Arbeiter richten zu müssen. Die wenigsten haben sich überhaupt schon Gedanken darüber gemacht, daß dies einmal passieren könnte. Jetzt scheint das dringend an der Zeit zu sein! Nehmen wir ein Beispiel. Als in Budapest der Aufstand losbrach, setzte die

KP-Führung mit Billigung der Regierung die Staatssicherheitsgruppen und Parteilizen ein. Als sich die Aufständischen behaupten konnten, gaben KP-Führung und Regierung die Auflösung dieser Einheiten und die Bestrafung ihrer Angehörigen bekannt. Würde die SED in einem ähnlich gelagerten Fall anders verfahren?

Austritt ist möglich!

Jeder Kampfgruppen-Angehörige kennt das Statut dieser Parteilizen: Teilnahme ist freiwillig, wer will, kann jederzeit austreten! Niemand ist also gezwungen, in diesen Tagen einer SED-Kampfgruppe anzugehören. Nachteile können keinem aus einem solchen Rücktritt erwachsen: Die SED wird sich hüten, zu diesem Zeitpunkt Diskussionen in den Betrieben zu beginnen! Wer jedoch der Meinung ist: Ich bleibe erst einmal drin und wenn es ernst wird, schmeiße ich die Waffe weg! — der darf sich nicht wundern, wenn ihn die Entwicklung des Geschehens überrollt...

Mancher wird sagen: Warum über so etwas reden, wenn es gar keine Anzeichen für einen neuen Volksaufstand gibt und wir selbst alles unternehmen wollen, um die SED auf friedliche Weise zu einer Kursänderung zu zwingen? Das ist richtig. Aber die Ereignisse in Polen und Ungarn haben gezeigt, daß es nicht immer möglich ist, eine Situation im voraus zu berechnen. Was dann, wenn irgendein SED-Bezirkssekretär angesichts eines Streiks — der heute in der Zone jeden Tag ausbrechen kann — die Nerven verliert und den Feuerbefehl erteilt? Die Kampfgruppen-Regeln sehen für diesen Fall sehr präzise Maßnahmen vor. Inner-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2, Druck: W. Buxenstein, GmbH.

halb einer Minute wird der „KG-Soldat“ zum Angehörigen einer militärischen Einheit, in der es keine Befehlsverweigerung gibt. Oder glaubt heute noch jemand, daß die Waffenwarte der Kampfgruppen solche Dinge wie das MG 42, Maschinenpistolen und Stielhandgranaten nur aus Dekorationsgründen hüten?

Mögen die Arbeiter in den Betrieben mit ihren Kollegen in den „Kampfgruppen“ darüber diskutieren. Ein gutes Argument spart zehn Patronen, die unermeßliches Leid anzurichten vermögen, wenn sie von Arbeitern auf Arbeiter abgeschossen werden...

Lohnerhöhung in Rumänien

London (AP). Offenbar in der Befürchtung, die Vorgänge in Ungarn und Polen könnten sich in Rumänien wiederholen, hat die rumänische Regierung jetzt eine fast allgemeine Lohnerhöhung und günstigere Renten- und Kindergeldbestimmungen angekündigt. Diese Maßnahme soll, wie es offiziell heißt, bessere materielle Bedingungen für die Arbeiter gewährleisten, größere Produktivität und höhere Gewinne herbeiführen und damit die „Hauptbedingung für eine Erhöhung des Lebensstandards“ schaffen.

Bildbericht aus Ungarn



Aufständische demonstrieren an dem umgestürzten Stalin-Denkmal in Budapest (siehe auch nächste Seite).

Der große Probefall

(Fortsetzung von Seite 2)

konnte. Zwar gibt es ein Foto von ihm, auf dem er lächelt. Es zeigt ihn mit Ribbentrop, dem Außenminister Nazi-Deutschlands, nach der Unterzeichnung des Moskauer Paktes mit Hitler. Aber dieses Lächeln war von jener grausamen Art, die nicht gewinnt, sondern enthüllt; es machte die diabolische Vorfreude an der von dem Pakt erwarteten polnischen und baltischen Beute sichtbar. Die neuen Männer im Kreml lächeln ganz anders: gefälliger, glaubhafter, und mancher ist für dieses Lächeln bereits anfällig geworden.

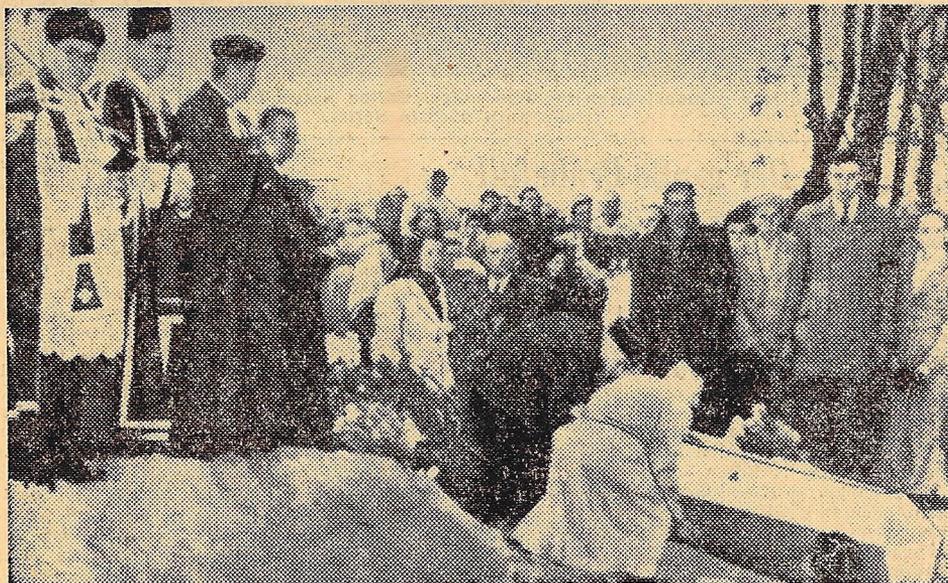
Moskau muß bekennen

Auch wenn die Änderung der politischen Methode Moskaus in erster Linie taktischen Erwägungen entspringt, so liegt doch die größere Chance einer friedlichen Lösungen führenden Evolution zweifellos auf

dem neuen und nicht auf dem alten Weg. Ob sie schließlich wirksam sind, das hängt von uns selbst ab. Wir können uns heute mit Moskau auf manches einlassen — und man wird das in Bonn mit dem soeben eingetroffenen sowjetischen Botschafter Smirnow hoffentlich auch tun —, wenn wir nicht anfangen, aufzuweichen und anfällig zu werden. Der Opfergang für die Freiheit, den das ungarische Volk auf sich genommen hat und der heute oder später seine Früchte tragen wird, sollte alle in ihrer Haltung Schwächlichen unter uns beschämen. Wenn wir mit dem Stalinismus durch militärischen Verteidigungswillen fertig geworden sind, so werden wir dem, zwar friedlicheren aber keineswegs ungefährlichen Lächeln Moskaus nur mit moralischer Standfestigkeit gewachsen sein. Es gibt dann mit Sicherheit einmal einen neuen

„Neuen Kurs“ der sowjetischen Politik, der die Lösung der Probleme ermöglicht.

Der bisher wichtigste Probefall für den Willen Moskaus zu einem wirklichen totalen Bruch mit der finsternen Vergangenheit des Stalinismus liegt in der Art und Weise, wie die sowjetische Politik weiter auf das Geschehen in Ungarn reagieren wird. Ob sie den unter so dramatischen Umständen ausgebrochenen Freiheitswillen der Ungarn schließlich respektieren oder ihn mit Gewalt bändigen und aus Ungarn wieder das Zucht haus eines ganzen Volkes machen wird: die Antwort auf diese Frage entscheidet nicht nur über die Vertrauenswürdigkeit der sowjetischen Politik von heute. Sie entscheidet zugleich für eine nicht absehbare Zeit auch über die Möglichkeit einer verständigen Lösung der großen Probleme, um die sich die internationale Politik heute müht.



WEITERE BILDER AUS UNGARN. Oben: Dieses sowjetische Geschütz auf Selbstfahr-Lafette wurde von den Aufständischen in den Straßen von Budapest während der schweren Kämpfe in Brand gesetzt. — Unten: Beisetzung von Opfern des Aufstandes. Unser Bild zeigt: In der westungarischen Stadt Altenburg, in der fast 100 Einwohner durch kommunistische Truppen getötet wurden, lassen Freiheitskämpfer einen Sarg in das Massengrab nieder.